

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Die unerhörte Zerstörung in der Ukraine geht auch zwei Jahre nach dem russischen Angriff weiter. Foto: Oleksandr Glyadyelov

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

UKRAINE

Mehr als zwei Jahre Krieg

Vor dem 24. Februar 2022 verdrängten wir den Krieg, obwohl jeder vernünftige Mensch ihn kommen sehen musste. Jetzt ist es umgekehrt. Wir haben das Gefühl, die Narben des Krieges würden noch viel stärker wehtun, wenn man sich vorstellt, wie es wäre, im Frieden zu leben. Aber natürlich erinnern wir uns heute daran, wie wir vor zwei Jahren um vier Uhr morgens erfuhren, dass die Russen einmarschiert waren und Kyiv bombardierten.

In den beiden vergangenen Wochen hatten wir schon vier Begräbnisse von gefallenen Soldaten in Chust. Unsere Freundin Natascha B., eine 43jährige Mutter, lebte bis im vergangenen Herbst mit ihrer Familie in Budapest; ihre Mutter gehört zur ungarischen Minderheit. Ich schreibe «lebte», denn nur drei Monate, nachdem sie sich freiwillig zur Infanterie gemeldet hatte, ist sie im Kampfeinsatz getötet worden. Eingeweihte wussten, dass sie gemäss ihrem Wunsch zur Scharfschützin ausgebildet worden war. Dass sie ihr Leben riskierte, war ihr vollkommen bewusst. «Wenn ich falle, schliesst ein anderer die Reihen», sagte sie. Die Rekrutierung von zusätzlichen Soldaten und Soldatinnen ist aber heute ein riesiges Problem und sie ist heiss umstritten.

Täglich werden Männer festgenommen, die sich durch einen illegalen Grenzübertritt der Rekrutierung entziehen wollen. Es gibt aber auch weiterhin Leute, die sich freiwillig melden. Das schützt sie vor einer willkürlichen und manchmal absurden Einteilung im Falle einer Zwangsrekrutierung. (...)

Die Kriegskinder sind ein guter Gradmesser dessen, was in der Gesellschaft passiert. Von Freunden, die ins Ausland gegangen sind, hören wir immer wieder, dass viele Teenager sich am neuen Wohnort nicht zurechtfinden. Sie sind böse auf ihre Eltern und wollen einfach nur zurück in die Heimat. Oft werden sie von den Einheimischen und Kindern anderer Herkunft gemobbt. Natürlich gibt es auch das Gegenteil. Jugendliche wollen aus den

Frontzonen flüchten, ihre Eltern wollen ihren Wohnort nicht verlassen – aus Angst, in der Fremde vor dem Nichts zu stehen.

Die Art-Camps

Mit Margo (Marharyta Kurbanova, 28) habe ich über das erste Art-Camp im neuen Jahr gesprochen. Zur Erinnerung, Margo studiert seit fünf Jahren in Potsdam Filmproduktion, ursprünglich stammt sie aus Donezk. Zu Kriegsbeginn ist sie in die Ukraine zurückgekehrt und hat mit einigen Freunden und Freundinnen die Freiwilligenorganisation Base-UA gegründet. Seit dem Sommer 2022 organisieren sie Art-Camps für kriegstraumatisierte Kinder von 12 bis 15 Jahren. Das neunte Camp ging am 31. Januar zu Ende und die Eindrücke sind bei Margo noch sehr präsent, das merkt man im Gespräch, sie ist fast nicht zu bremsen. Aus den schriftlichen Selbstdarstellungen der Kinder vor dem Camp hatten Margo und ihre Kollegin Mascha gemerkt, dass die Kinder unter Einsamkeit und dem Unverständnis ihrer unmittelbaren Umgebung litten. Also machten sie daraus kurzerhand einen Themenschwerpunkt. Und so war auch der überwiegende Eindruck während des Camps: Sie erlebten frustrierte und vereinsamte Kinder, die niemand haben, dem sie sich vorbehaltlos anvertrauen können. Und dennoch erzählt Margo begeistert, dass es für sie das Camp mit dem intensivsten Austausch zwischen Kindern und Betreuerinnen war. Ein Mädchen, Katja aus Charkiw, erwähnt sie als Beispiel. Katja meinte von sich, dass sie überhaupt keine Gefühle und keine Empathie empfinde.

Sie präsentierte sich als völlig introvertierte Person. Während des Camps half ihr vor allem das Malen, sich auszudrücken. Nach ein paar Tagen merkten die Betreuerinnen, dass Katja morgens fast nicht aus dem Bett zu bekommen war. Das lag daran, dass sie sich mit ihren Zimmerkolleginnen angefreundet hatte und dass sie bis spät in der Nacht miteinander über alles Mögliche sprachen. So fand Katja während des Camps ganz offensichtlich viel mehr, als sie erwartet hatte und am Ende sagte sie, dass sie am liebsten für immer an diesem Ort mit den neuen Freundinnen bleiben würde.

Auch ein Junge, Ilya, hat Margo sehr beeindruckt. Ilya ist ein intelligenter, nachdenklicher Junge, zugleich ist er sehr verschlossen und sagte das auch von sich selbst. Er kam während des ganzen Camps kaum mit jemandem in Kontakt. Doch bei der Abfahrt, als alle schon im Bus warteten, bis auf ein Mädchen, das seine Schuhe suchte, entschied Ilya, dass er nochmals aussteigen und alle Betreuerinnen einzeln umarmen wollte. Ich habe Margo gefragt, wie sie die Kinder jetzt nach zwei Jahren Krieg erlebte, im Vergleich zu den Kindern, die sie im Sommer 2022 betreute. Wie immer gab es auch diesmal unter den Teilnehmerinnen Geflüchtete und solche, die weiterhin in Frontnähe leben; es gab Kinder, deren Familienmitglieder im Krieg ums Leben gekommen waren und solche, deren Väter an der Front kämpfen. Die Kinder empfinden jetzt eine Art Ausweglosigkeit, da sie begriffen haben, dass kein Ende des Krieges abzusehen ist. Das führt bei ihnen zu einem Vertrauensverlust und macht die Einsamkeit, in der sie sich befinden, noch schwieriger. Andererseits seien die Kinder erstaunlich reif und interessieren sich für gesellschaftspolitische Fragen, die sie mit grosser Toleranz reflektieren. Vorurteile und Rassismus waren denn auch eines der grossen Themen des Camps und der Austausch darüber anhand eines Dokumentarfilms war erfreulich. Gegen Ende des Camps hatte das Betreuerinnenteam den Eindruck, es mit tief veränderten Kindern zu tun zu haben und fand es schade, sich in

diesem Moment schon wieder zu trennen. Sie vermuten auch, dass die meisten Eltern ihre Kinder gar nicht so kennen, wie sie sich während des Camps gezeigt haben. Als kleine Hilfe erstellte eine Psychologin von jedem Kind ein kleines Porträt mit Empfehlungen für die Eltern. Das war auch eine Neuerung dieses Art-Camps von Base-UA.

Anfang April findet in unserer Herberge im Dorf Nyzhne Selyshche in Transkarpatien (Westukraine) ein Teambuildingseminar statt, wo wir mit Gleichgesinnten überlegen wollen, in welcher Form wir selber regelmässig Lager für kriegstraumatisierte Kinder und Jugendliche durchführen wollen. Auf unsere Ausschreibung hin haben sich 47 Interessierte gemeldet! Unsere Freunde Nastya Malkyna und Genia Koroletov waren kürzlich wieder in Kramatorsk und in der nahe gelegenen Kleinstadt Dobropillia. Sie haben in einem neu eingerichteten Luftschutzbunker einen Mal- und Erinnerungsworkshop mit Kindern gestaltet. Sie erzählten, dass die Front in diesem Gebiet beunruhigend näher rückt. Andererseits sei zum Beispiel in Kramatorsk zu merken, dass es immer mehr Selbsthilfeinitiativen der Einheimischen gibt, zusätzlich zu den Freiwilligengruppen von Ausländerinnen und Leuten aus der Westukraine.

Maksym Butkevych

Der Menschenrechtsaktivist Maksym Butkevych, unsere langjähriger Freund, ist weiterhin in einem Gefängnis im Gebiet Luhansk eingesperrt. Vor ein paar Tagen konnte ihn ein Anwalt aus Moskau besuchen. Natürlich kann dort niemand freisprechen, da andauernd ein Mann von der Gefängnisverwaltung anwesend ist. Aber der Anwalt fand, Maksym sehe vergleichsweise gut aus. Er arbeite und habe sich positiv über seine Haftkollegen geäussert. Ein Austausch ist derzeit leider nicht absehbar. Dieses Jahr sind bereits 300 ukrainische Kriegsgefangene, zum Teil auch Zivilisten, im Rahmen von Austausch-Aktionen freigekommen. Aber es waren keine zu Haftstrafen verurteilte Kriegsgefangene unter ihnen. Maksym darf endlich wieder

Briefe empfangen, aber nur von russischen Absendern und in russischer Sprache. Am 13. März findet der Berufungsprozess vor dem Höchsten Gericht der Russischen Föderation in Moskau statt.

Im Januar wurden weitere 30 ukrainische Kriegsgefangene von demselben Gericht wie Maksym in Luhansk zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Was es heisst, in Russland inhaftiert zu sein, hat der Tod von Alexei Nawalny der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt. Wieviele Ukrainer und Ukrainerinnen in den vergangenen Jahren in russischer Haft gefoltert und getötet wurden, das weiss kein Mensch. Wer sich mehr mit diesem Thema auseinandersetzen möchte, dem empfehle ich das Buch «In Isolation – Texte aus dem Donbass» von Stanislav Assejew, erschienen im FotoTapeta Verlag. Gleichzeitig hält auch die Repression der Krimtatarinnen an, vor zwei Tagen wurde die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Lutfiye Zudiyeva festgenommen und eingeschüchert. Zudiyeva ist eine der letzten Stimmen auf der Halbinsel, die über die Verfolgung der Krimtatarinnen berichtet. (...)

Zusatz vom 14. März: heute wurde Maksyms Berufung vom Obersten Gerichtshof der Russischen Föderation angehört. Das Urteil bleibt unverändert: 13 Jahre verschärfte Lagerhaft.¹ Maksym sieht vergleichsweise gut aus. Wir wussten, dass die Gefangenen vor den Gerichtsverhandlungen besser ernährt werden, um einen besseren Eindruck zu hinterlassen. Maksym und sein Moskauer Anwalt haben auch die Verteidigungslinie korrigiert. Maksym erklärte, dass er zum Zeitpunkt der ihm vorgeworfenen Verbrechen nicht in Sewerodonezk war, was durch mehrere Zeugenaussagen bestätigt wurde. Es überrascht nicht, dass die Richter darauf nicht eingingen. Zumindest war es schön, dass Maksym kurz per Video mit seinen Eltern sprechen konnte.

Jürgen Kräftner,
EBF Ukraine

1. Siehe Archipel 324, April 2023

ISRAEL/PALÄSTINA

Combatants for Peace

Mitten im Krieg legen Feinde ihre Waffen nieder und treten gemeinsam für Frieden ein. Nicht nur das macht die «Combatants for Peace» (Kämpferinnen für den Frieden) weltweit einzigartig. Sie schaffen Raum für Begegnungen zwischen Menschen, die sich eigentlich abgrundtief hassen. Das kann Frieden wieder möglich machen und weiterer Gewalt vorbeugen.

Die «Combatants for Peace» sind eine binationale Friedensbewegung, die 2006 von ehemaligen israelischen Soldatinnen und Soldaten und palästinensischen Widerstands-

kämpferinnen und -kämpfern ins Leben gerufen wurde. Es ist die einzige Organisation weltweit, in der bewaffnete Kämpferinnen in einem anhaltenden Konflikt die Waffen

niedergelegt haben, um sich gemeinsam für Frieden einzusetzen. Sie ist heute die grösste bi-nationale Organisation in Israel und in den palästinensischen Gebieten – mit neun regionalen Gruppen, die alle mit israelischen und palästinensischen Menschen besetzt sind. Sie treten konstruktiv für ein Ende der israelischen Besatzung, für Gewaltfreiheit, für Gerechtigkeit und Dialog zwischen israelischer und palästinensischer Bevölkerung ein.

In den Monaten Februar und März 2024 unternahmen mehrere Mitglieder von «Combatants for Peace» Vortragsreisen mit anschliessender Diskussion in Deutschland, der Schweiz und Österreich. In Deutschland waren der ehemalige Intifada-Kämpfer Osama Elewat und der ehemalige israelische Soldat Rotem Levin unterwegs. In der Schweiz waren es Rana Salman, palästinensische Co-Direktorin von «Combatants for Peace» aus Bethlehem, und Yair Bunzel,

Israeli und aktives Mitglied der gleichen Organisation aus Haifa. Es ging vor allem darum, die Bewegung vorzustellen, die sich gewaltfrei für Frieden und gleiche Rechte für Israelis und Palästinenser:innen engagiert, und um die Frage, wie dieses Ideal angesichts der aktuellen Gewalt hochgehalten werden kann. Chen Alon, israelischer Theaterregisseur, Mitgründer der «Combatants for Peace» erklärt: «Ich weiss nicht, wie eine friedliche Lösung aussehen wird: ein Staat, zwei Staaten, drei Staaten. Aber ich weiss, dass sie aussehen wird wie wir: Menschen aus Israel und Palästina, die sich gemeinsam und gewaltfrei für Gerechtigkeit einsetzen. Wir wissen, dass wir wahren Frieden nur erreichen können, indem wir die Menschlichkeit des Anderen anerkennen.»

Das Verbindende sehen

Die «Combatants for Peace» bauen auf die persönliche Begegnung. Bei sogenannten «In-House Meetings» treffen sich ehemalige Kämpferinnen und Kämpfer beider Seiten in privaten Wohnungen und erzählen sich ihre Geschichte. Zur alljährlichen «Memorial Day Ceremony» der Organisation kommen inzwischen mehrere tausend Menschen, um gemeinsam der Opfer des Konflikts zu gedenken. Die Erfahrung zeigt: Wer sich darauf einlässt, die andere Seite kennenzulernen, hinterfragt die eigene Sicht auf die Situation. Wer in einen echten Dialog tritt, entdeckt das Verbindende und sucht nach gemeinsamen Lösungen. Mit gemeinsamen Aktionen, darunter Theateraufführungen, Lesungen, Infoabenden und Führungen durch die besetzten Gebiete, bringen die «Combatants for Peace» Menschen in Kontakt, die sonst nur an Militärcheckpoints aufeinandertreffen. Mit Protestmärschen machen sie auf ihre Anliegen aufmerksam. Seit ihrer Gründung sind die «Combatants for Peace» aus tiefer Überzeugung der Gewaltfreiheit verpflichtet und haben viele hundert Aktionen durchgeführt.

Eine Entscheidung

Jedes Mitglied bei «Combatants for Peace» hat eine eigene Geschichte der inneren Wandlung zu erzählen. Jede dieser Geschichten ist Zeugnis dafür, dass die Spirale aus Hass und Gewalt durchbrochen werden kann. Krieg ist kein Schicksal, sondern eine Entscheidung – es gibt einen Ausweg, so festgefahren die Situation auch scheinen mag – das ist die feste Überzeugung der «Combatants for Peace». So ist auch die Zusammenarbeit in gemischten Teams gelebtes Beispiel dafür, dass ein friedliches Zusammenleben möglich ist.

«Ich habe nicht gegen Menschen jüdischen Glaubens oder Israel gekämpft, sondern gegen die Soldat:innen, die meine Familie angriffen,» sagt Osama Illiwat, Vorstandsmitglied der «Combatants for Peace» und Gründer der Organisation «Visit Palestine». Als Jugendlicher habe er deshalb Wut gegen den vermeintlichen Feind verspürt. Sein

Zorn sei nicht ideologisch geprägt gewesen, sondern vielmehr eine Reaktion auf die Lebensumstände. Bereits als Kind erlebte er Einschüchterungen und Gewalt: «Jeden Tag standen Soldat:innen vor unserer Tür. Wir hatten Angst vor ihnen.» Der Palästinenser erzählt von Erfahrungen, die ihn geprägt haben. Zum Beispiel als Tränengas in seine Schule geworfen wurde oder als Soldaten seinen Vater schlugen. «Ich widersetzte mich diesen Soldat:innen, die meine Lehrer:innen, meinen Vater und mich kontrollierten. Meine Angst wurde zu Hass.»

Durch zivilen Ungehorsam, wie das Besprühen von Wänden oder das Hissen der palästinensischen Flagge, versuchte er sich ein wenig Freiheit zu erkämpfen. Als er die erste Flagge, die er provisorisch mit seiner Schwester bemalt hatte, im Wind wehen sah, war er stolz. Zum ersten Mal empfand er ein Gemeinschaftsgefühl. Nur wenige Tage später standen zwanzig israelische Soldat:innen vor seinem Haus und verhafteten den noch minderjährigen Osama Illiwat – denn die palästinensische Flagge galt zu dieser Zeit noch als gesetzeswidriges Symbol und das öffentliche Hissen stand unter Strafe. Es folgte ein Urteil ohne Anklage, die sogenannte «Verwaltungsgefängenschaft». Das Resultat: Er musste drei Jahre in ein israelisches Gefängnis. «Als ich aus dem Gefängnis kam, war mein erster Gedanke: Jetzt kämpfe ich erst recht!» Illiwat nahm daraufhin eine Anstellung bei der palästinensischen Polizei im Westjordanland an. Die Arbeit dort empfand er aber eher als Legitimation der Besetzung durch Israel und nicht als Schutz der palästinensischen Bevölkerung.

Unser Gegner ist das System

Während seines Studiums wurde Illiwat 2010 in Bethlehem auf ein Treffen von Friedensaktivist:innen aufmerksam gemacht. Als er dort auf jüdische Menschen traf, war er geschockt. «Ich dachte: Sie haben ihren eigenen Premierminister umgebracht, weil er ein Friedensabkommen aushandelte, wieso sollten sie sich auf einmal für Frieden interessieren?» Doch er irrte sich. Er lernte Menschen jüdischen Glaubens kennen, die heute seine Freunde sind. Menschen, die ihn inspirierten. Darunter war ein Pilot, der sich weigerte, Häuser in Gaza zu bombardieren. Dieser half Illiwat dabei, sein erstes Visum zu bekommen, sodass er ein ehemaliges KZ besuchen konnte. Der Palästinenser erkannte, dass sein Feindbild nicht das Judentum war, sondern etwas anderes: «Unser Gegner ist das System. Es möchte, dass wir gegeneinander kämpfen, um die Besetzung fortzusetzen. Wenn wir das System aufbrechen, können wir uns versöhnen, und wenn wir uns versöhnen, können wir Freunde werden.» Illiwat sieht den Prozess der Versöhnung aber auch als persönliche Herausforderung. Damit ein friedliches

Zusammenleben möglich werden könne, müsse man sich in sein Gegenüber hineinversetzen und den Schmerz und die Traumata der anderen Seite verstehen. Seine Antwort auf die Frage, ob die Aktivist:innen auch auf Kritik stossen: «Bei öffentlichen Auftritten in Israel begegnen wir immer wieder Rechtsradikalen, die uns bedrohen oder ansprechen.»

Freiheit, Würde und Rechte

Rana Salman ist eine palästinensische Christin, geboren in Jerusalem und aufgewachsen in der Stadt Bethlehem. 2020 trat sie den «Combatants for Peace» bei und ist derzeit palästinensische Ko-Direktorin der Organisation. Rana stammt von einer Flüchtlingsfamilie ab, die 1948 aus ihrem Haus in Haifa vertrieben wurde. Schon als junge Frau nahm Rana an Bildungs- und Dialogprogrammen teil, um mehr über die «Anderen» zu erfahren. Die meisten dieser Programme fanden im Ausland statt. 2014 nahm sie zum ersten Mal, gemeinsam mit palästinensischen und israelischen Frauen, an einer Expedition im Velebit-Gebirge in Kroatien teil. Rana betont, wie wichtig es gerade jetzt ist, die Vision von Freiheit, Würde und gleichen Rechten für Israelis und Palästinenser:innen zu verteidigen und die Kräfte auch unter den dramatischsten Umständen zu bündeln.

Yair Bunzel wurde 1962 in Haifa als Sohn ungarischer Holocaust-Überlebender geboren. Er wuchs in einer sehr zionistischen Familie auf und wollte immer sein Land und sein Volk beschützen. Yair meldete sich im Alter von 18 Jahren freiwillig zur Fallschirmjägerbrigade und wurde Offizier. Er diente vier Jahre in der israelischen Armee und siebzehn weitere als Reserveoffizier. Er kämpfte als Soldat im ersten Libanonkrieg und während der ersten und zweiten Intifada.

2017 nahm Yair an einer Tour für Israelis teil, die palästinensische Frauen und Männer im Westjordanland treffen wollten. Es war das erste Mal, dass er als Zivilist mit Palästinenser:innen interagieren konnte. Dies veranlasste Yair, den «Combatants for Peace» als Anti-Besatzungs-Aktivist beizutreten. Er begann, ein- bis zweimal pro Woche palästinensische Hirtengemeinschaften im Jordantal zu besuchen und zu begleiten, um sie vor den Angriffen der Siedler:innen und der militärischen Gewalt zu schützen. Osama Elewat beendete die Veranstaltung in Deutschland mit einem Gedicht des palästinensischen Poeten Mahmoud Darwish:

Sie fragt: «Wann werden wir uns treffen?»
Ich antworte: «Ein Jahr nachdem der Krieg zu Ende ist.»
Sie fragt: «Wann ist der Krieg zu Ende?»
Ich antworte: «Wenn wir uns treffen.»

Constanze Warta

Archipel
Monatszeitung des
Forum CiviQue

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Die Türkei – ein «sicheres Drittland»?

Wenn ich auf dem Dach meines Hauses in Lesbos, Griechenland, stehe, kann ich die Türkei fast bei jedem Wetter sehen. Auf der Südseite der Insel ist die Ägäis aus bestimmten Blickwinkeln so schmal, dass man sie fast nicht sieht, und die beiden Länder bilden eine durchgehende Landmasse. Was man jedoch sieht, sind dutzende Migrant·innen, die ihr Leben riskieren, um auf dem gleichen, vergleichsweise schmalen, aber immer noch riskanten Meer nach Europa zu gelangen.

Aber warum ist das so? Seit 2016 hat die Europäische Union ein Abkommen mit der Türkei – das sogenannte EU-Türkei-Abkommen – unterzeichnet und die Türkei zu einem «sicheren Drittstaat» für Migrant·innen erklärt. Kurz zusammengefasst sieht dieses Abkommen vor, dass die Türkei Geflüchtete mit finanzieller Unterstützung der Union aufnimmt und gleichzeitig versucht, die Menschen daran zu hindern, nach Griechenland zu gelangen. Seit der Unterzeichnung des Abkommens haben die Beamten der griechischen Einwanderungsbehörde den Zweck des Asylgesprächs geändert. Die Frage lautet nicht mehr «Warum haben Sie Ihr Heimatland verlassen?», sondern «Warum ist die Türkei kein sicheres Land für Sie?» Wenn man einen Blick auf die wirtschaftliche und soziale Situation in der Türkei wirft, scheint die Antwort auf diese Frage offensichtlich zu sein. In verschiedenen Presseartikeln wird beschrieben, dass die Bemühungen der Behörden, Migrant·innen aufzuspüren und abzuschieben, eskalieren. Trotz der Millionen Euro, die die EU an die Türkei schickt, um die Integration und Unterbringung zu erleichtern, erzählen die Menschen von Schikanen, fremdenfeindlicher Gewalt und willkürlichen Inhaftierungen.

Die politische Lage in der Türkei ist bekanntermassen kompliziert. Das autoritäre Erdogan-Regime unterdrückt die kurdische Bevölkerung sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Landesgrenzen, aber auch alle Menschen, die mit ihr oder ihrem Kampf in Verbindung gebracht werden. Zu diesem Zweck hat es sich in den Konflikt in Syrien eingemischt. Ausserdem richtete das Regime in Teilen des Gebietes, das von den Kurd·innen gehalten wird, eine sogenannte «Sicherheitszone» ein, um Syrer·innen dorthin vertreiben zu können. Inzwischen wurden auch Wahlen abgehalten. Erdogan und seine Partei trugen, mit ein paar Prozent mehr Stimmen, den Sieg über die gegnerische Koalition davon. Diese Wahlen waren auch eine Gelegenheit für viele neue rechtsextreme Parteien, auf sich aufmerksam zu machen. So kam es zu einem deutlichen Anstieg der Gewalt gegen Ausländer·innen.

Angesichts der zahlreichen Berichte, Erzählungen und Inhalte in den sozialen Medien wollte ich mehr darüber erfahren. Ziel der Reise in die Türkei war es, sich ein Bild von der aktuellen Situation zu verschaffen, mit der Geflüchtete konfrontiert sind, wenn sie sich in diesem Land aufhalten. Es

ging darum, einen Kontrast zu der Tatsache herzustellen, dass die EU die Türkei als sicheres Land für Geflüchtete ansieht. Ich wollte mir ein Bild machen, indem ich nicht nur Informationen beschaffte, sondern diese Informationen auch mit den Erfahrungen der Menschen vor Ort kontextualisierte. Zu diesem Zweck beschloss ich, nach Izmir zu reisen, einer Stadt an der Westküste der Türkei, die eine lange Geschichte der Migration und Integration sowie der Ausgrenzung und ethnischen Gewalt hat. Sie ist die drittgrösste Stadt der Türkei mit fast viereinhalb Millionen registrierten Einwohner·innen – mehr als Berlin oder Madrid. Sie ist das grösste städtische Zentrum an der Ägäis und die wichtigste Drehscheibe für Migrant·innen, die versuchen, über Griechenland nach Europa zu gelangen. Ich schloss mich mit der erfahrenen Journalistin Hibai Arbide Aza und dem lokalen Produzenten Diyar Saraçoğlu zusammen, um Interviews aufzunehmen und einen Podcast für das Programm «Von Unten» von Radio Helsinki und seinem Schwesterprojekt auf Lesbos, «VC Mytilini», zu produzieren. Wir führten mehrere formelle Interviews mit Anwält·innen und Aktivist·innen, die vor Ort arbeiten. Darüber hinaus trafen wir uns mit vielen verschiedenen Menschen, die uns einen Teil ihrer Geschichten und Erfahrungen mit der Stadt und ihrem aktuellen sozialen Klima erzählten.

Eine Stadt mit vielen Gesichtern

Kurz nach unserer Ankunft in Izmir am frühen Morgen trafen wir uns am Busbahnhof von Izmir, der riesig ist. Diyar holte uns ab. Während der Autofahrt besprachen wir unser Programm für die nächsten Tage, da er mit mehreren Personen in Kontakt gestanden hatte, die an einem Treffen mit uns interessiert waren. Unter ihnen waren einige Anwält·innen und Aktivist·innen. Unsere Gespräche führten uns durch verschiedene Stadtviertel, darunter das Finanzviertel Basmani. Innerhalb von zehn Minuten mit der Strassenbahn ändert sich die Szenerie völlig, wo man von einer Art Pariser Viertel zu einer Nebenstrasse wie in Neukölln, einem libanesischen Markt und dann zu einem Boulevard am Meer gelangt, der stark an Thessaloniki erinnert. Es ist eine beeindruckende Stadt, in der die Kluft zwischen den sozialen Klassen in die Skyline gemeisselt ist, wo grosse moderne Gebäude die von den Bewohner·innen selbst errichteten Slums überschatten.

Ihre reiche Geschichte ist tief mit Migrant·innen und Geflüchteten aus verschiedenen Epochen verbunden. Spanische Juden und Jüdinnen, die vor der Inquisition flohen, Kurd·innen, Armenier·innen und viele andere liessen sich im Laufe der Jahre in bestimmten Teilen der Stadt nieder. Izmir spielte auch eine sehr wichtige Rolle bei der Bildung der türkischen Republik. Der damit verbundene Bevölkerungsaustausch führte dazu, dass Tausende von Menschen die Stadt und das Land zwangsweise verliessen. So wie in vielen anderen Grossstädten der Welt gewinnt die Kluft zwischen den sozialen Schichten der Stadt immer mehr an Boden. Trendige Bars und Cafés, die oft mit Strassenkunst dekoriert sind, säumen die gehobeneren Viertel wie Alsancak.

Basmani, ein Mikrokosmos

Im Zentrum des Stadtteils Basmani befindet sich der Basar, der nur wenige Schritte vom berühmten Uhrenturm entfernt ist. Um den Basar herum findet man kleine, von Geschäften gesäumte Strassen, die zu einer Moschee führen. Diyar erklärt uns, dass die Stadt vor kurzem eine Politik eingeführt habe, aufgrund derer die arabischen Ladenschilder, die in Basmani üblich waren, verboten sind. Nun wurden alle Namen phonetisch ins Türkische übersetzt, wobei viele farsische und arabische Namen und Wörter erkennbar sind. Dies ist ein kleines, aber bedeutsames Zeichen für den zunehmenden institutionellen Rassismus, der sich seit einigen Jahren entwickelt. Es sind offensichtlich viele Migrant·innen anwesend, doch die Gegend ist nicht sicher. Jedes Mal, wenn ein·e Migrant·in in diesem Viertel einen Fuss nach draussen setzt, läuft er/sie Gefahr, festgenommen, inhaftiert und möglicherweise abgeschoben zu werden. Seit über einem Jahrhundert ist die erste Anlaufstelle für Migrant·innen, die in Izmir ankommen, der Stadtteil Basmani. Und das ist auch heute noch der Fall. Seit der Öffnung der Grenze zu Syrien ist dies der Ort, an den sich Menschen begeben, die versuchen, nach Europa zu gelangen. Im Jahr 2016 hatte ich bereits einige Zeit dort verbracht und die Lage war damals sehr schlecht. Es war ungefähr zu der Zeit, als das Abkommen zwischen der EU und der Türkei in Kraft trat und die Menschen auf beiden Seiten der Ägäis festfassen. In der Nähe von Basmani schliefen viele Menschen auf der Strasse und warteten auf ihre Chance. Nach dem, was ich gesehen hatte, schliefen dieses Mal weniger Menschen im Freien. Es stellte sich jedoch heraus, dass dies nicht nur ein gutes Zeichen war.

Omar, von Beruf Stadtplaner, arbeitet seit Jahren mit Migrant·innen im Stadtteil Basmani. Er unterstützt die Menschen privat, war aber auch in verschiedenen sozialen Räumen des Viertels aktiv, die im Laufe der Jahre entstanden und wieder verschwunden sind. Er erklärt uns die Geschichte von Basmani: «Seit dem 16. Jahrhundert liessen sich die ersten Migrant·innen, von denen wir wissen, hier nieder. Es handelte sich um vor der spanischen Inquisition geflüchtete sephardische Juden. Nach dem Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei Anfang des 20. Jahrhunderts wurde Basmani erneut zum Aufenthaltsort. Es ist sozusagen der erste Ort, an dem sich immigrierte Menschen niederlassen.

Es ist sehr billig hier und man kann Häuser zu nicht allzu hohen Mieten finden. In den 1980er Jahren, als das «Kurd-innenproblem» in der Türkei begann, wählten die Kurd-innen ebenfalls Basmani und Umgebung als Zufluchtsort. Und vor kurzem kamen aus Syrien Geflüchtete nach Basmani, und zuletzt vor allem afrikanische Flüchtlinge.»

Anfangs öffnete Erdogan die Grenze vor allem für Syrer-innen. Offiziell und gesellschaftlich nehmen sie in der türkischen Gesellschaft eine andere Stellung ein als Menschen anderer Herkunft. Syrer-innen haben Anspruch auf internationalen Schutz und wurden von der Gesellschaft zunächst besser aufgenommen. Anfangs war es für sie leichter, Arbeit zu finden, Geschäfte zu eröffnen und generell am Leben der türkischen Gesellschaft teilzunehmen. Das bedeutet nicht, dass sie nicht unter Diskriminierung oder Unterdrückung gelitten haben. Im Vergleich zu anderen Milieus gab es jedoch einen Unterschied. In den letzten Jahren kamen viele Afghan-innen in die Türkei und später auch Menschen aus verschiedenen Ländern des afrikanischen Kontinents. In unserem Gespräch mit Omar sprechen wir auch dieses Thema an: «Die meisten Geflüchteten leben ‚informell‘. Sie sind nicht als Arbeiter-innen registriert. Manchmal haben sie keine offizielle Adresse. Ich spreche jetzt von den Syrer-innen, aber es gibt auch afrikanische Flüchtlinge; ich meine, die wir in diesem Interview als Flüchtlinge bezeichnen, die aber eigentlich keine sind. Keine-r von ihnen hat den Flüchtlingsstatus. Was die Afrikaner-innen betrifft: Selbst ihre Existenz ist nach dem Gesetz illegal. Die Polizei sieht sie daher nicht. Und wenn sie diese doch sieht, wenn sie die Kontrollen verstärkt, werden sie in Bussen eingesammelt, denn wenn sie kontrolliert werden, haben sie keine Papiere.»

Vor einigen Jahren war hier auch der Ort, an dem Menschen in grosser Zahl auf der Strasse schliefen und viele Geschäfte Schwimmwesten verkauften, in einem zynischen Versuch, von den gefährlichen Über-

fahrten, die nachts stattfanden, zu profitieren. Heute gibt es weniger Schwimmwesten in den Geschäften, aber sie sind immer noch voll mit Migrant-innen. Historisch gesehen ist Izmir ein wirtschaftlich zugänglicher und vielfältiger Ort. Doch diese Situation änderte sich in den letzten Jahren. Und das nicht nur in Basmani.

Anstieg der Fremdenfeindlichkeit

Vor einigen Monaten fanden in der Türkei Wahlen statt. Sie wurden von den europäischen Medien gut dokumentiert, was vor allem daran lag, dass dem Bündnis zwischen den verschiedenen Oppositionsparteien im Vorfeld der Wahlen viel Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dieses Bündnis wurde von Kemal Kılıçdaroğlu angeführt, der in einer Rede auf die Situation der Migrant-innen in der Türkei einging und ausdrücklich erklärte, dass er mit dem EU-Türkei-Abkommen nicht einverstanden sei und dass er, sobald er an der Macht sei, versuchen werde, viel mehr Migrant-innen abzuschieben als Erdogan. Dies ist ein Zeichen dafür, dass der Anstieg der Fremdenfeindlichkeit an Fahrt gewinnt. Es deutet aber auch darauf hin, dass die Beziehung zwischen den «neuen» Migrant-innen und der aktuellen Regierung kompliziert ist.

Ayşegül Karpuz Tör, eine bekannte Strafverteidigerin und Anwältin in der Region Izmir, beschreibt die Dichotomie der türkischen Migrationspolitik folgendermassen: «Wenn man als Anwältin mit Migrant-innen arbeitet, sieht man auf eine sehr interessante Weise, dass der Staat in Wahrheit eine doppelte Einwanderungspolitik betreibt. Als moralistische Anwältin kann ich sagen, dass die türkische Regierung durch die vollständige Öffnung der Grenzen zu Syrien während des syrischen Krieges der Welt eine grosse Lektion in Bezug auf die Menschenrechte und Flüchtlingsrechte erteilt hat. Und das sage ich als linke Anwältin, die sich nicht an der Regierung oder dem Staat oder dessen Weltanschauung oder Politik orientiert. In Wirklichkeit (und niemand sollte belei-

digd sein) hat Europa, was die Aufnahme der Geflüchteten oder Migrant-innen angeht, im Vergleich zur Türkei versagt. (...) Aber es gibt ein Problem: Der Staat möchte diese migrantische Bevölkerung durch das Prisma der Bruderschaft unter Muslimen regieren. Die Türkei ist jedoch keine klassische islamische Gesellschaft. Interessanterweise weist der islamische Teil der türkischen Gesellschaft, entgegen den Erwartungen des Staates, stärkere Tendenzen zu Nationalismus und Rassismus auf. Die meisten rassistischen Angriffe, die wir auf Migrant-innen beobachten, finden in armen und stark muslimischen Stadtvierteln statt. Aus politischer Sicht weist die Türkei eine komplexe Geografie auf, wenn es darum geht, wie mit Migration umgegangen wird. Wenn ich mit einer nationalistischen oder konservativen Person konfrontiert bin, erpappe ich mich manchmal dabei, dass ich die Migrationspolitik des Staates verteidige. Leider ist Europa in dieser Hinsicht nicht aufrichtig: Es beurteilt die Politik der Türkei nicht fair oder realistisch. Die Türkei macht in ihrer aktuellen Situation auch keine Fortschritte, was das Leben und die Existenz dieser Menschen auf lange Frist angeht. Die Situation ist sehr widersprüchlich.»

Dirk Tobias Reijne,

No Border Kitchen, Lesbos

Fortsetzung im nächsten Archipel

Eine erfreuliche Meldung

kurz vor Redaktionsschluss: Die AKP, die Partei von Präsident Erdogan, erlitt bei den Kommunalwahlen vom 31. März 2024 in der Türkei überraschenderweise eine empfindliche Niederlage. In den fünf grössten Städten des Landes konnte sich die grösste Oppositionspartei, die kemalistische CHP, durchsetzen. Auch landesweit konnte die CHP die meisten Stimmen gewinnen. Im Osten der Türkei setzte sich die linksgrüne DEM in vielen Provinzen durch.

Ein bahnbrechendes Urteil

Häusliche Gewalt als Fluchtgrund anerkannt

Es ist ein längst überfälliges Urteil. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 16. Januar 2024 entschieden, dass Frauen, die von häuslicher oder anderweitiger Gewalt betroffen sind, das Recht haben, Schutz in der Europäischen Union (EU) zu bekommen. Die Mitgliedstaaten können sie als Flüchtlinge anerkennen beziehungsweise ihnen zumindest subsidiären Schutz vor einer Abschiebung gewähren. Anlass war der Fall einer Kurdin, die in Bulgarien um internationalen Schutz angesucht hatte. Sie gab im Verfahren an, zwangsverheiratet worden zu sein, worauf sie sich scheiden liess. Sowohl der Exmann als auch ihre Familie hätten sie daraufhin bedroht. Sie fürchtete, Opfer eines «Ehrenmordes» zu werden. Frauen kann unter diesen Umständen der Flüchtlingsstatus zuerkannt werden, so der EuGH.

Für die Stellung eines Flüchtlings muss nachgewiesen werden, dass der oder die Ansuchende wegen ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verfolgt wird. Frauen werden nach dieser Konvention nun als «soziale Gruppe» angesehen. Für Aimee

Stuesser von Amnesty International in Österreich ist diese Entscheidung «wegweisend». Dass die rechtsextreme FPÖ das Urteil kritisiert, weil es angeblich die «illegale Masseneinwanderung anheizt», darf nicht verwundern. Ihr tief verankerter Frauenhass und ihre widerwärtige Hetze gegen schutzsuchende Menschen gehen Hand in Hand. Wir von der Plattform für eine menschliche Asylpolitik begrüßen die Entscheidung und hoffen, dass sie zu einem höheren Bewusstsein gegen Gewalt an Frauen in der Öffentlichkeit beiträgt.

Plattform für eine menschliche Asylpolitik, Wien

Die «Plattform für eine menschliche Asylpolitik» ist ein breiter politischer Zusammenschluss von NGOs, Flüchtlingsinitiativen, politischen Organisationen sowie engagierten Persönlichkeiten. Die Plattform wurde im Sommer der Solidarität 2015 gegründet. Sie bekämpft Rassismus gegen Geflüchtete, gegen die Schwarze Community und People of Color, antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus und alle Formen von Diskriminierung. Sie organisierte die Demonstrationen «Demokratie verteidigen – keine Koalition mit dem Rechtsextremismus» im Jänner und im Februar (mit 80.000 Beteiligten!) in Wien. Ihre Ziele und Grundhaltungen haben sie in einem «Selbstverständnis» festgehalten. www.menschliche-asylpolitik.at/wer-wir-sind/

Hilfe für Geflüchtete in Sarajevo

Anfang März erreichte uns ein Notruf von der bosnischen Hilfsinitiative Kompas in Sarajevo. Sie versorgt monatlich hunderte geflüchtete Menschen aus zahlreichen Kriegs- und Krisenländern, die auf dem Weg nach Europa sind. Im Umsonstladen (Freeshop) des Vereins können sich die Migrant:innen normalerweise mit dem Nötigsten für ihre beschwerliche Reise eindecken. Doch durch den grossen Andrang gab es im Vorrat kaum mehr Kleider, Schuhe

sowie Schlaf- und Rucksäcke. Deshalb starteten wir noch im März eine Sammlung in der Schweiz mit den Standorten Basel, Bern, St. Prex und Delémont. Insgesamt kamen fast drei Tonnen von gut erhaltenem Material zusammen. Wir danken allen, die mitgemacht haben! Die grosse Solidarität hat uns sehr beeindruckt.

Claude Braun und Michael Rössler



95 Kartons mit wichtigem Hilfsmaterial für Sarajevo kamen alleine in Basel zusammen.

MIGRATION

Nicht in unserem Namen!

Die Schweizer Migrationscharta hat angesichts der Reform des Europäischen Asylsystems ein Manifest formuliert, das wir unterstützen und hier abdrucken: Grundrechte für alle, auch an den Grenzen!

Die im Dezember 2023 beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) steht vor der Umsetzung. Sie sieht vor allem vor:

1. Dass geflüchtete Menschen, u.a. auch Familien mit Kindern, an den EU-Aussengrenzen in riesigen Flüchtlingslagern unter haftähnlichen Bedingungen untergebracht werden;

2. Dass dort möglichst viele Grenzverfahren ohne Rechtsschutz stattfinden. Diese Verfahren sollen u.a. für alle Menschen durchgeführt werden, die aus einem Land kommen, für das es weniger als zwanzig Prozent Chance auf Asyl gibt. Ziel ist es, sie möglichst schnell in die Heimat oder in ein vermeintlich sicheres Drittland zurückzuweisen;

3. Dass die Personen, die Asyl erhalten, unter gewissen Bedingungen nach einem

Verteilschlüssel den europäischen Ländern zugewiesen werden sollen. Die Länder, die niemanden aufnehmen wollen, können sich davon freikaufen oder Personal an die Aussengrenzen schicken.

Einmal mehr werden Symptome anstatt Ursachen bekämpft. Migration lässt sich so nicht verhindern und die verheerenden Zustände an den EU-Aussengrenzen werden nicht verbessert – im Gegenteil. Das neue GEAS hat für Schutzsuchende drastische Verschlechterungen zur Folge. Die geplanten Massnahmen verletzen die Grundprinzipien nationaler, europäischer und internationaler Rechtsabkommen, die jedem Menschen aufgrund seines Menschseins zustehen. Die Entwicklungen an den EU-Aussengrenzen gehen auch die Schweiz etwas an, nicht bloss aufgrund des Schengen- und des Dublin-

Abkommens, sondern auch als Geburtsstätte der Genfer Flüchtlingskonvention. Der Abbau von Grundrechten bedroht uns alle! Wir sagen: Nicht in unserem Namen! Wir wollen eine offene Gesellschaft und sagen Nein zu Abschreckung und Abschottung! Es braucht einen neuen, angstfreien Blick auf die Migration.

Wir fordern deshalb den Bundesrat auf,

- sich im Rahmen unserer Schengen/Dublin-Assoziierung für die Einhaltung von Menschenrechtsstandards und die vollumfängliche Respektierung der Rechte von Asylsuchenden einzusetzen;
- die Aushöhlung der Genfer Flüchtlingskonvention und weiterer völkerrechtlicher Verträge konsequent sowohl im innen- als auch im ausserpolitischen Kontext zu bekämpfen;
- im Rahmen des Solidaritätsmechanismus freiwillig eine angemessene Zahl Asylsuchende zu übernehmen.

Die Anerkennung der Würde und der gleichen Rechte aller Menschen ist die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Gefragt sind Schritte, die in diese Richtung führen.

Migrationscharta.ch, März 2024

Kein Gold aus Roșia Montană

An einem ziemlich heißen Sommertag 2003 war ich das erste Mal in Roșia Montană, gemeinsam mit meinem ebenso neugierigen Vater. Wir hatten gehört, dass hier eine Initiative von lokalen Kleinbäuer*innen und jungen Städter*innen sich gegen eine Goldmine wehrten.

Ein paar Davids kämpften gemeinsam gegen einen mit Geheimdiensten und Kleptokraten verbandelten Goliath. Ich interviewte eine alte Ungarin zu ihrem Nein gegen das Gold und lernte Leute kennen, die ihr Dorf retten wollten. Die Sonne schien in Roșia und es war der Beginn einer wunderbaren Freundschaft...

Für die Leute dort begann der Widerstand einige Jahre zuvor. Die «Gold» genannte «Roșia Montană Gold Corporation» mit ihren an der «Toronto Stock Exchange» notierten Scouts von «Gabriel Resources Ltd.» kaufte den Leuten Boden und Häuser unter ihren Stühlen weg, baute eine sterile Ersatzsiedlung vor den Toren Alba Iulias/ Karlsburgs, schmierte und schaffte Fakten. Die Bürgerinitiative «Alburnus Maior» (nach dem aus der römischen Gründungszeit stammenden Ortsnamen) und die Kampagne «Save Roșia Montană» stellte sich dagegen, klagte auf Einsicht, Durchsicht und Annullierung von Genehmigungen. Einmal machte der Satz «Wir beten das Gesetz an!» die Runde.

Als jemand, der als Jugendlicher durch die späten 1980er in der DDR geprägt war, wurde

das für mich zu einem zivilgesellschaftlichen Déjà-vu: Jahr für Jahr ging es nach Roșia, wo die Kinder politisiert wurden, wo wir die durchaus solidarischen Rechtsextremen (es ging ja um «rumänische Erde»...) rausdebattierten. Jahr für Jahr ging es auf die Strassen, erst zögerlich, dann laut, irgendwann unaufhaltbar. Und, ja auch das, Jahr für Jahr diversifizierte sich die in diesem kleinen Dorf des Apuseni-Gebirges geborene Zivilgesellschaft meines Heimatlandes. Da gab es dann auch untereinander Auseinandersetzungen – durchaus schmerzhaft, aber die uns reicher machten. «Uniți salvăm Roșia Montană!» war der Rhythmus, den wir mit sandgefüllten PET-Flaschen auf den Asphalt der Strassen und Boulevards des ganzen Landes hämmerten – der war Beat in unseren Köpfen. Mich hat dieser Kampf, haben all diese Leute unwiederbringlich mit diesem Land verbunden.

Die Goldgräber gehen leer aus

Kurzum, die Entschlossenheit für das Dorf war riesig. Und so nach und nach wurde das Selbstverständnis dieses Dorfes selbstverständlich, ja «normal». Irgendwann gab

die Regierung auf. Irgendwann wurde das nur noch von wenigen bewohnte Dorf auf die UNESCO-Welterbe gesetzt. Irgendwann begann ein junger Rückkehrer superschicke Wollsocken unter dem Label «Made in Roșia Montană» zu produzieren. Irgendwann zog die «Gabriel Resources» den rumänischen Staat vor das Internationale Schiedsgericht in Washington. Und es gab ein Heulen und Zähneklappern bei der Bukarester Nomenklatura, dass «wegen dieser dummen Kampagne unser armes Land nun Milliarden Euro an diese Firma Schadensersatz zahlen müsse». Fast glaubten wir's.

Am 8. März 2024 wies der Schiedsgerichtshof alle Forderungen von Gabriel zurück. Alle? Alle! Al-le! Kein Cent, «nici un bani» für die verhinderten Goldgräber. Es ist möglich! Im Netz finden sich viele gute Informationen zu über 20 Jahre Widerstand gegen die damalige Idee, ganze Dörfer zu zerstören, ein paar Tonnen Gold aus dem Fels zu sprengen und mit Zyanid auszuwaschen. Die Seen solcher giftigen Wahnsinnszustände gibt es sowieso in der Region.

Der Wortführer der lokalen Initiative von einst, Eugen David, lebt weiter auf seinem Hof in Roșia. Die alte Frau aus meinem Interview ist schon lange gestorben. In die Häuser werden neue Leute einziehen – die Sozialstruktur nachhaltig verändert zu haben, kann sich die Goldfirma als Erfolg verbuchen. Sei's drum. Manche von uns haben nach dem Urteil tagelang gefeiert. Das ist gut so. Blind für die Katastrophen auf allen Ebenen sind wir deshalb nicht. Aber so ein Sieg macht Mut! Denn eins ist klar, der nächste Sommer kommt bestimmt...

Zwei Menschen, die sich als Jugendliche mit Haut und Haar der Kampagne «Save Roșia Montană!» verschrieben hatten, sind stellvertretend für Hunderttausende, die



Durch den unermüdlichen Einsatz der lokalen Bevölkerung und einer internationalen Unterstützung bleibt ein Stück Natur in Rumänien erhalten.

sich für ein Dorf einsetzen und ein ganzes Land verändert haben. Ihnen will ich hier das Schlusswort geben:

Tudor Brădăţan, heute bei DeClic.ro der grössten rumänischen Petitions- und Kampagnenplattform: «Ich war immer der Meinung, dass Roşia Montană nicht als gerettet betrachtet werden kann, solange das Gold noch unter der Erde liegt. Es wird immer eine Handvoll gieriger Menschen geben, die reich werden wollen und bereit sind, vier Berge in die Luft zu sprengen, um das Edelmetall herauszuholen. Aber es ist unwahrscheinlich, dass ein Bergbauprojekt in der nächsten absehbaren Zukunft von vernünftigen Investoren finanziert wird. Solange es noch Men-

schen gibt, die sich gegen die Zerstörung der Umwelt wehren, wird Roşia Montană sicher sein. Wir haben in den letzten zwanzig Jahren bewiesen, dass Aktivist:innen manchmal auch gegen alle Widerstände gewinnen.»

Ramona Dumincioiu, heute Sprecherin von Ecoruralis, Verband der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern Rumäniens: «Dieser Sieg ist vor allem dem bäuerlichen Widerstand in Roşia Montană zu verdanken. Die lokale Gemeinschaft war die erste, die sich mobilisierte, und ist seit 24 Jahren das Haupthindernis gegen dieses illegale Bergbauprojekt. Die Bauern und Bäuerinnen von Roşia Montană inspirierten ein ganzes Land und darüber hinaus diejenigen, die sich zu einer sozialen Bewe-

gung zusammenschlossen, welche die postkommunistische rumänische Gesellschaft tiefgreifend veränderte. Die Kampagne «Save Roşia Montană» führte zu einer Einheit in der rumänischen Gesellschaft und zu einer Schule des Aktivismus, die das Erbe einer politisch engagierten Zivilgesellschaft mit einem strategischeren Modus operandi hinterliess. Der Erfolg vor dem Schiedsgericht in Washington hat internationale Bedeutung. Es gibt Hunderte von Gemeinden, die gegen ähnliche Bergbauunternehmen kämpfen, und Staaten, die sich vor Schiedsgerichten ähnlichen Erpressungen ausgesetzt sehen. Der Erfolg Rumäniens steht für den Erfolg kleiner Gemeinden auf der ganzen Welt.»

Joachim Cotaru, EBF Rumänien

LAUTSPRECHER

Aktion gegen Rassismus im Lehrbetrieb

Scorpio ist eine Gruppe von Lernenden, ehemaligen Lernenden und Unterstützer:innen, die sich Ende 2022 in Basel gegründet hat. Sie wollen nicht länger hinnehmen, ganz unten in der Hierarchie zu sein, und setzen sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Lernenden ein.

Am Samstag dem 9. März haben wir, die Lernendenbewegung Scorpio, eine Aktion vor der Bäckerei Buchmann in Münchenstein gemacht. Rund 30 Personen versammelten sich für eine Protestkundgebung vor

dem Hauptsitz der Bäckerei-Kette. Wir hatten erfahren, dass in dieser Bäckerei Lernende massivem Rassismus ausgesetzt waren. So wurden etwa Schwarze Menschen ständig mit dem N-Wort beleidigt. Den Lernenden

wurde von ihren Vorgesetzten eingeredet, sie seien dumm und unfähig. Der ständige psychische Druck führte bei ihnen unter anderem zu Haarausfall, Depressionen und sozialem Rückzug.

Wir machten die Aktion, um diese Missstände an die Öffentlichkeit zu bringen. Solche Zustände gibt es nämlich nicht nur in der Bäckerei Buchmann, sondern auch in anderen Bäckereien und Lehrbetrieben generell.

Wir wollen anderen Lernenden Mut machen, sich gemeinsam gegen diese Ungerechtigkeiten zu stellen und für mehr Respekt und bessere Bedingungen zu kämpfen. Viele Passant:innen haben uns ihre Solidarität versichert und einige sagten sogar, sie würden in Zukunft die Bäckerei boykottieren.

Scorpio
Wir helfen uns gegenseitig
und stärken einander.

